

Kampagne für den Zusammenhalt

Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft lanciert Appell gegen Spaltung

Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft lancierte diese Woche eine schweizweite Kampagne für den Zusammenhalt in der Schweiz.

Aufruf «Heute wenden wir uns mit einer grossen Bitte an Sie», teilte die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) am vergangenen Sonntag in ihrem Newsletter mit. Darin lancierte sie eine schweizweite Kampagne für den Zusammenhalt in der Schweiz - in Inseraten sowie auf Social Media. «Unterstützen Sie bitte unseren Appell gegen die Spaltung der Gesellschaft!»

Graben durch Gesellschaft

Im Text schreibt die SGG weiter: «Die Covid-Pandemie spaltet Freundschaften, Familien und die Gesellschaft. In der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg riskieren wir heute zu verlieren, was die Schweiz seit ihrer Gründung stark gemacht hat: unseren Zusammenhalt über Gräben hinweg, unseren Zusammenhalt in schwierigen Momenten, unsere demokratische Kultur.»



Der Hauptsitz der SGG in Zürich an der Schaffhauserstrasse.

Bild: pd

Seit 1810 sieht sich die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft in der Pflicht, bei schwerwiegenden Ereignissen und Notständen an die Solidarität der Bevölkerung zu appellieren und sich für den Zusammenhalt des Landes einzusetzen - gerade auch als Verwalterin des Rütli. Die SGG ruft deshalb zur Rückkehr zum Dialog und zu einer respektvollen Gesprächskultur auf, wie sie schreibt. Mit dem Appell #LiebeSchweiz appelliere man an die Bewohnerinnen und Bewohner des Landes, wieder vermehrt konstruktiv statt aggressiv zu streiten sowie für Anstand, Respekt und Dialog einzustehen und die Meinungsvielfalt zu verteidigen. Der Appell solle über alle politischen Lager und über die aktuelle Abstimmung hinaus zum Denken und Handeln anregen: «Der SGG geht es darum, dass alles politische Debattieren und Streiten künftig wieder in einer respektvollen Gesprächskultur stattfindet», heisst es im Newsletter. Dafür werde man in den kommenden Jahren diverse Formate und Gefässe des Dialogs kreieren. red

Seit 1810 sieht sich die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft in der Pflicht, bei schwerwiegenden Ereignissen und Notständen an die Solidarität der Bevölkerung zu appellieren und sich für den Zusammenhalt des Landes einzusetzen - gerade auch als Verwalterin des Rütli. Die SGG ruft deshalb zur Rückkehr zum Dialog und zu einer respektvollen Gesprächskultur auf, wie sie schreibt. Mit dem Appell #LiebeSchweiz appelliere man an die Bewohnerinnen und Bewohner des Landes, wieder vermehrt konstruktiv statt aggressiv zu streiten sowie für Anstand, Respekt und Dialog einzustehen und die Meinungsvielfalt zu verteidigen. Der Appell solle über alle politischen Lager und über die aktuelle Abstimmung hinaus zum Denken und Handeln anregen: «Der SGG geht es darum, dass alles politische Debattieren und Streiten künftig wieder in einer respektvollen Gesprächskultur stattfindet», heisst es im Newsletter. Dafür werde man in den kommenden Jahren diverse Formate und Gefässe des Dialogs kreieren. red

POLITALK

Der nächste Schritt für die Demokratie

Dass unsere Demokratie ein grossartiges System ist, ist wohl keine besonders unpopuläre Meinung. Mit wenigen Ausnahmen sind wir uns alle der Vorteile unserer Demokratie bewusst und schätzen unsere Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Perfekt ist sie jedoch noch nicht, wir müssen sie ständig weiterentwickeln. Hätten wir vor mehr als 50 Jahren aufgehört dies zu tun, wären Frauen noch immer passive Beobachterinnen von unserem System. Auch heute gibt es noch eine Gruppe, die kaum Möglichkeiten hat, sich in unsere Demokratie einzubringen. Personen ohne Schweizer Pass machen in Winterthur knapp 25 Prozent der Bevölkerung aus. Diese Menschen leben seit Jahren hier, sind vielleicht hier geboren und aufgewachsen. Sie können aber trotzdem nicht gleich mitbestimmen wie beispielsweise



Noah Weber, Grünliberale Stadt Winterthur

Personen, die einen Schweizer Pass besitzen, aber seit ihrer Geburt im Ausland leben und nur für Ferien in die Schweiz kommen. Unsere Demokratie leidet nicht darunter, wenn mehr Personen partizipieren können, sie profitiert ungemein davon. Möglichst viele Menschen sollten sich beteiligen können. Fragen wir uns also, weshalb sollen wir 25 Prozent unserer Bevölkerung diese Chance verwehren?

Neue Ideen zur Nachhaltigkeit

Winterthur setzt in Klimafragen auf ein Bürgerpanel

Weniger CO₂ in der Luft geht auch mit kluger Ernährung. Wie, das sollen zwanzig ausgeloste Personen in Winterthur herausfinden.

Bürgerbeteiligung «Wie können wir uns in Winterthur nachhaltig ernähren?» Dieser Frage sollen im Frühling 2022 rund zwanzig interessierte Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen eines Bürgerpanels nachgehen. Ziel ist, konkrete Empfehlungen zuhanden des Stadtrats und der Bevölkerung zu erarbeiten.

Die Teilnehmenden lost die Stadt aus einem Kreis von 3000 Personen aus. Sie werden dieser Tage per Post informiert. Das Bürgerpanel arbeitet in Begleitung von Fachpersonen an den Themen lokale Lebensmittelproduktion, Kampf gegen Verschwendung und städtische Verpflegungsangebote. Die Stadt schickt dieser Tage 3000 briefliche Einladungen an zufällig ausgeloste Personen in Winterthur. Die Panels selbst finden an je einem Wochenenden im März und im April statt. red/ef



Bei diesen hausgemachten Cookies ist Wegwerfen unmöglich.

Bild: Larissa Jurcsek

POLITALK

Braucht die Stadt ein Elektro-Feuerwehrauto?

Der Stadtrat hat sich für ein verschärftes Klimazielen im Rahmen der Netto-null-Debatte eingesetzt. Somit müsste man denken, dass klimafreundliches und ökologisches Handeln im Stadtrat eine grosse Priorität hat. Taten statt Worte, müsste das Credo sein. Auf Seite 181 des stadträtlichen Budgets für 2022 kann man lesen, dass als Ersatz für ein in die Jahre gekommenes und mit Diesel betriebenes Tanklöschfahrzeug ein neues Fahrzeug mit Elektroantrieb her soll. Das sei ganz im Sinne des Klimaschutz-Massnahmenpakets, welches vorsieht, die städtische Fahrzeugflotte bis 2028 auf erneuerbare Antriebe umzustellen. Gemäss Energie Schweiz macht die Herstellung von Lithium-Ionen-Traktionsbatterien 40% der CO₂-Emissionen bei der Herstellung von batteriebetriebenen Autos aus. Darüber hinaus kommen darin wertvolle Rohstoffe zum Einsatz, deren Abbau oftmals einen negativen ökologischen

Fussabdruck hinterlassen. Es ist deshalb unabdingbar, dass der Nutzwert bei Fahrzeugen mit Elektroantrieb kritisch hinterfragt wird. Ein Tanklöschfahrzeug wird wenig gefahren, ist schwer und hat trotzdem hohen Leistungsanforderungen zu genügen. Die FDP-Fraktion hat deshalb mehrere Fragen an den Stadtrat und wird diese in Form einer Interpellation im Gemeinderat einreichen. Nebst einem Vergleich über die gesamte Lebensdauer von 20-25 Jahren mit Bezug auf CO₂, Kosten und der Erfüllung der hohen Leistungsanforderungen, wollen wir ebenfalls wissen, was eine komplette technische Überholung eines älteren Fahrzeugs bewirken könnte. Nur weil etwas auf den ersten Blick ökologisch sinnvoll aussieht, darf man deshalb nicht vergessen, das auch zu prüfen. Jeder Franken der für die Umwelt eingesetzt wird, soll genau da eingesetzt werden, wo wir damit am meisten bewirken



Urs Bänziger, Gemeinderat FDP

können. Natürlich hätte auch ich Freude, ein solch modernes Fahrzeug im Grün unserer Feuerwehr und mit dem Stadtwappen verziert auf der Strasse zu sehen, aber das darf nicht der Zweck sein.

Vielleicht ist der nächste Franken besser investiert bei einem Heizungs- oder Fenster-Ersatz in einem Schulhaus oder in einer Wärmerückgewinnung in einer Abwasserleitung. Nicht so schön, aber mit grosser Wahrscheinlichkeit wesentlich wirkungsvoller für die Umwelt.

Anzeige

JETZT abstimmen gehen! Jede Stimme zählt!

Menschen diskriminieren?

Achtung! Wir haben bereits ein Covid-Gesetz! **Dieses reicht völlig** zur Bekämpfung von Pandemien aus!

Die neuen Covid-Verschärfungen sind **überflüssig** und **gefährlich**, weil das neue Covid-Gesetz

- zu einer **Zertifikatspflicht** führt, die rund 2 Millionen Menschen diskriminiert
- eine elektronische **Massen-Überwachung** der gesamten Bevölkerung ermöglicht
- eine **Quarantäne nur** für Ungeimpfte einführt.

Die Folgen:

- Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen oder können, werden vom **sozialen Leben ausgeschlossen**
- Gastronomie, Hotellerie, Kultur-, Freizeit- und Sportbetriebe erleiden **massive Umsatzeinbussen**
- Unsere **Bewegungsdaten** und sozialen Kontakte werden zentral gespeichert und können **gehackt** werden
- Und auch wer bereits 2x geimpft ist, muss mit **weiteren Folgeimpfungen** rechnen, um sein Zertifikat zu behalten

Deshalb am 28. November:

Gefährliche Covid-Verschärfung **NEIN**

Mehr infos auf www.covidgesetz-nein.ch
 Unterstützen auch Sie unsere Kampagne!
 Mit einer Spende auf IBAN CH77 0900 0000 1568 7715 1, Freunde der Verfassung, 3000 Bern